

Wilson's neue Antwort.

Bisher hat Präsident Wilson mit der deutschen Regierung ein Zwiesgespräch darüber geführt, ob überhaupt die Vorbedingungen gegeben seien, den deutschen Vorschlag zum Frieden und Waffenstillstand an die Verbündeten der Vereinigten Staaten weiterzugeben. Diese Vorbedingungen sieht er jetzt soweit als erfüllt an, daß er in seiner letzten Antwort vom Mittwoch mitteilt, er sehe, „daß er sich nicht mehr weigern könne, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet seien, die Frage eines Waffenstillstandes vorzulegen“. Damit ist allerdings die Frage des Waffenstillstandes in einer Weise in den Vordergrund geschoben, die vielleicht dem Fortschreiten zum Frieden hinderlich ist. Das, worauf es ankommt, ist doch für alle Kriegführenden nicht ein Waffenstillstand, sondern der Friede. Es ist zu einem Teil wenigstens die Folge der ersten Note der deutschen Regierung, daß die Frage des Waffenstillstandes mehr, als gut ist, sich vorgebrängt hat und der Ansicht erweckt wird, als sei sie die entscheidende, während sie doch in Wirklichkeit auch für uns gar nicht die Hauptsache ist. Daß es letzten Endes auf die Stellung zum Frieden selbst ankommt, geht aus Wilson's Antwort unzweideutig hervor. Der Präsident hat seinen Alliierten seine Korrespondenz mit der deutschen Regierung übermittelt mit dem Antrage, ihre militärischen Ratgeber mögen zusammen mit denen der Vereinigten Staaten den alliierten Regierungen Vorschläge über die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstandes unterbreiten, „vorausgesetzt, daß sie vom militärischen Standpunkt aus einen Waffenstillstand als möglich ansehen.“ Dafür ist aber die kardinale Voraussetzung, in der alles weitere gewissenmaßen verankert ist, daß die Entente Regierungen überhaupt geneigt sind, den Frieden unter den angegebenen Bedingungen d. i. unter Anerkennung der vierzehn Punkte Wilson's zu schließen. Die Note Wilson's sagt das ausdrücklich, und somit wird doch die Friedensfrage, wie es auch der Natur der Dinge entspricht, zur entscheidenden für alle weiteren Schritte.

Man darf ja doch nicht außer Acht lassen, daß die Bedingungen, mit denen sich die deutsche Regierung grundsätzlich einverstanden erklärt hat, nur die Bedingungen Wilson's sind. Die anderen Regierungen der Entente haben noch nirgends eine amtliche Erklärung abgegeben, und es sind Zweifel angebracht, ob sie jeden einzelnen der von Wilson vertretenen Punkte zu ihrem eigenen Programm machen. Tun sie das aber nicht, sind sie mit den Wilson'schen Bedingungen nicht zufrieden, so ist alles weitere wertlos. Daran könnte auch ein Waffenstillstand nichts ändern und man würde ihn daher gar nicht abschließen. Zunächst also wird die Entente unter sich eine Verständigung darüber suchen müssen, ob sie grundsätzlich mit den Bedingungen Wilson's einverstanden ist. Erst wenn diese Frage bejaht würde, wäre die andere zu stellen, ob „die militärischen Ratgeber“ der Entente einen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten, und wenn auch diese bejaht würde, müßte man sich darüber äußern, unter welchen Bedingungen die Generale der Entente bereit sind, einen Waffenstillstand zu schließen. Die amerikanische Note macht allgemeine Andeutungen über diese Bedingungen, die so sein sollen, daß sie der Entente „die unbeschränkte Freiheit sichern sollen, die Einzelheiten des Friedens, den die deutsche Regierung gut heißt, zu verbürgen und durchzusetzen“. Es scheint uns nun, daß es für die Förderung des Friedens selbst viel ersprießlicher wäre, sich über diese Einzelheiten, für deren Durchsetzung und Sicherung die Note des Herrn Wilson der Entente unbedingt die Macht geben will, klar zu werden. Wenn wir von Herrn Wilson erfahren, wie er und seine Alliierten die von ihm niedergelegten Grundsätze beispielsweise in der elsass-lothringischen, polnischen und kolonialen Frage — wobei die anderen keineswegs geringer geschätzt werden sollen — praktisch anwenden wollen, dann werden die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht mehr von ausschlaggebender Bedeutung sein, sondern wir werden sie je nach dem Ausfall dieser Antwort so oder so einschätzen. Es ist also, meinen wir, die Aufgabe der deutschen Regierung, sich und uns über diese Hauptfragen Klarheit zu verschaffen. Es wäre richtig gewesen, das in früheren Stadien der Verhandlungen zu tun. Für zu spät aber halten wir es auch jetzt noch nicht.

Daß Präsident Wilson die voraussetzlichen Bedingungen für einen Waffenstillstand so ansieht, wie es vorstehend angedeutet ist, nämlich, daß nach dem etwaigen Ablauf des Waffenstillstandes Deutschland gar nicht mehr die Möglichkeit haben soll, den Krieg wieder anzufangen und daß die Entente nachher die unbeschränkte Möglichkeit haben soll, die Einzelheiten des Friedens festzusetzen, entspricht ungefähr dem, was schon in der vorigen Note ausgesprochen war und was inzwischen die Zeitungen der Entente deutlich genug ausgesprochen haben. Dabei kommt es nicht so sehr darauf an, ob jede der von chauvinistischen Blättern mitgeteilten Einzelheiten richtig wiedergegeben ist. Aber der Charakter jener Bedingungen ist deutlich genug erkennbar: man will uns für einen Waffenstillstand Bedingungen auferlegen, die sich von

denen nicht innerlich unterscheiden, unter denen Bulgarien aus dem Kampfe ausgeschleudert ist, es sind Bedingungen, die ein freies und tapferes Volk nur auf sich nehmen kann, wenn es unbedingt muß, und es hat keinen Zweck, sich darüber zu täuschen, daß diese Noten und Antworten Wilson's wohl das Demütigendste sind, was Deutschland seit den Tagen Napoleons I. erfahren hat. Wir werden also ernstlich mit uns zu Rate gehen müssen, was zu tun wäre, wenn man uns wirklich Bedingungen dieser Art stellte. Noch sind wir an diesem Punkt nicht angekommen und es wäre wichtiger, den Blick auf den Frieden, als auf den Waffenstillstand zu richten, der an sich eine Nebenfrage ist, zur Hauptfrage aber durch eine falsche Art der Behandlung der Dinge gemacht werden könnte.

Dabei ist nun aber noch das sehr zu beachten, was Wilson in längeren Ausführungen über die Bedeutung dieser „außerordentlichen Sicherungen“ jagt. Er führt aus, diese Garantien müßten verlangt werden, weil die innere Umwandlung Deutschlands noch immer nicht die Sicherheit biete, daß jetzt wirklich die Grundsätze einer wahren Volksregierung durchgeführt seien, oder daß die Umwandlung von Dauer sein werde. Es sei auch noch nicht klar, ob man bis zum „Kern“ der gegenwärtigen Schwierigkeiten durchgedrungen sei. Diesen „Kern“ sieht Wilson in der Macht des Königs von Preußen, die Politik des Deutschen Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, die seiner Meinung nach noch immer unerschütterlich ist, und darin, daß die entscheidende Initiative immer noch bei denen liege, die bisher die Herren in Deutschland waren. Zu diesen hätten die Nationen der Welt kein Vertrauen, und die Regierung der Vereinigten Staaten könne bei einem Frieden, der das Unrecht dieses Krieges gut machen solle, nur mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. Müßte man jedoch „mit den militärischen Herrschern und der monarchistischen Autokratie“ verhandeln, oder bestünde die Aussicht, daß man später wieder werde mit ihnen verhandeln müssen, dann gebe es keine Friedensverhandlung, sondern lediglich eine Unterwerfung. Diese Worte sind zwar nicht vollkommen eindeutig. Aber wenn sie einen Sinn haben, so kann es doch nur der sein, daß die im ersten Teil der Note gekennzeichneten Bedingungen eines Waffenstillstandes, die allerdings von einer Unterwerfung sich kaum unterscheiden werden, nur für den Fall gestellt werden, daß mit den militärischen Beherrschern und der monarchistischen Autokratie verhandelt werden muß. Daß wir dem Präsidenten Wilson über diese Dinge jetzt Rede stehen, ist die traurige Folge einer erbärmlichen Politik und eines elenden Systems. Es wäre vergeblich, und es würde sich auch nicht geziemen, dem Präsidenten klar zu machen zu versuchen, daß tatsächlich der König von Preußen nicht mehr die Macht hat, die er ihm zuschreibt und daß in der Tat der Friede nicht mit einer „monarchistischen Autokratie“, sondern mit den Vertretern des deutschen Volkes gemacht wird. Was die Worte Wilson's bedeuten, ist klar. Sie betreffen die Stellung des Kaisers vor allem in Reden, hat nun einmal das Ausland zu der Meinung gebracht, daß der Kaiser der Vertreter einer Machtpolitik der gepanzerten Faust sei, und die Alternative die Wilson Deutschland stellt, ist die Folge dieser Auffassung. Es ist daher nicht ohne historische Logik, wenn sich das, was Wilson ankündigt, in erster Reihe an die Adresse des Kaisers richtet. Wenn es sich nun wirklich darum handelt, ob Deutschland kapitulieren soll, oder ob man mit ihm frei über den Frieden verhandeln wird, dann steht die Entscheidung über diese Alternative zunächst beim Kaiser. Von seinem Entschluß wird die Deutschlands Zukunft und vor allem für die Entwicklung der Friedensfrage vieles abhängen. Dieser Entschluß könnte so manches, was in den letzten Jahrzehnten gesagt und getan worden ist, vergessen machen, und wir möchten hoffen, daß er bald und weise gefaßt würde.